

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1848

20 (9.3.1848)

Karlsruher Beobachter.

Nr. 20.

Donnerstag den 9. März

1848.

Aus der Zeit.

Karlsruhe, 4. März. [34. Sitzung der zweiten Kammer.] Der Präsident eröffnet der Kammer, daß die jüngst beschlossene Adresse S. K. H. dem Großherzog heute durch eine Deputation überreicht worden sei. Die Adresse lautet: Durchlauchtigster Großherzog! Gnädigster Fürst und Herr! Eure Königliche Hoheit haben geruht, in den Sitzungen vom 29. Februar und 1. März d. J. der zweiten Kammer der treuen Stände die Eröffnung machen zu lassen, daß das Preßgesetz vom 28. Dezember 1831 wieder in Wirksamkeit gesetzt, daß allgemeine Volksbewaffnung eingeführt, und ein Gesetzentwurf über Einführung der Schwurgerichte den Kammern vorgelegt würde. — Durch diese Eröffnungen haben Eure Königliche Hoheit einen Zustand beseitigt, welcher schmerzlich auf dem Volke lastete. — Ihre Zusicherungen werden wesentlich zur Beruhigung des Landes beitragen. — Uns, den Vertretern des treuen badischen Volkes, liegt die heilige Pflicht ob, den tief gefühlten Dank für die Erfüllung der Wünsche des Volks Eurer Königlichen Hoheit ehrfurchtvoll darzubringen. — In einer Zeit, in welcher die außerordentlichen Ereignisse im Nachbarstaate das deutsche Vaterland zur angestrengten Wachsamkeit auffordern, dem badischen Volke zunächst möglicher Weise schwere Opfer auflegen und es vor Allem wünschenswerth machen, daß das feste Band des Vertrauens Fürsten und Völker umschlinge, ist es ein beseligendes Gefühl, in den Anordnungen Eurer Königlichen Hoheit einen neuen Beweis der Liebe zu Ihrem Volke und des Strebens, die verfassungsmäßigen Zustände zu verbessern, verehren zu können. — Wir geben uns der Hoffnung hin, daß Eure Königliche Hoheit für die schnellste Verwirklichung der erteilten Zusagen und für die folgenrechte Durchführung des verfassungsmäßigen Lebens Sorge tragen werden; wir dürfen voraussetzen, daß insbesondere die zugesicherte Volksbewaffnung unverzüglich eingeführt, die Wahl der Offiziere dem Volke eingeräumt und die Wehrverfassung so geordnet werde, daß in Friedenszeiten die Belastung der Bürger durch stehende Heere vermindert werden kann und nöthigenfalls die Volksbewaffnung ein kräftiges Mittel zur Vertheidigung des Vaterlandes gegen jeden äußern Feind werde. — Es ist eine süße Pflicht, in den Zeiten drohender Gefahr die Gefühle der Treue und Anhänglichkeit dem geliebten Fürsten zu erneuern, mit der ehrfurchtsvollen Bitte, daß Eure Königliche Hoheit überzeugt sein möchten, daß die überall laut ausgesprochenen, von uns im Namen des Volks erklärten Wünsche nicht von einer Partei, sondern von dem Kerne des Volks getheilt werden; wir bitten aber auch Eure Königliche Hoheit, unbedingt Ihrem Volke zu vertrauen, daß, wenn auch in dem schwer drängenden Augenblick bewegt durch die Erinnerungen an lange dauernde beklagenswerthe Zustände des deutschen Vaterlandes und an die Weise,

mit welcher der Sinn für deutsche Nationalität nie befördert wurde, erfüllt von Ahnungen einer verhängnisvollen nahen Zukunft, feuriger das Bedürfniß besserer politischer Gestaltungen erkennt und lebhafter seine Wünsche und seine Theilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten ausspricht, nie in der Liebe zur Ordnung und in der Achtung der Gesezesherrschaft wanken wird. — In heiliger Stunde sprechen wir als Vertreter des Volks die Versicherungen aus, daß das badische Volk mit Begeisterung, die in dem Maße steigt, je mehr die Staatsregierung auch die gerechten Wünsche des Volks erfüllt, bereit sein wird, das theure Vaterland und den geliebten Fürsten mit Gut und Blut zu vertheidigen. — Karlsruhe, den 3. März 1848.

S. K. H. der Großherzog haben hierauf geantwortet: „Ich empfangen mit aufrichtigem Danke den Ausdruck der Treue und Anhänglichkeit der zweiten Kammer; Ich theile mit der zweiten Kammer die Ueberzeugung, daß Mein Volk, dem Ich von jeher Meine volle Liebe schenkte, und dessen Wohl Ich stets nach Kräften zu befördern suchte, auch in der gegenwärtigen erregten Zeit seinen alten Sinn für Ordnung und für Gesezesherrschaft bewahre. Ich werde die den Ständen zugesagten Vorlagen in einer, jede billige Forderung befriedigenden Weise bearbeiten lassen, und bei der mit den Ständen zu vrflegenden Berathung derselben ihre Wünsche gebührend berücksichtigen.“

Der Präsident zeigt sodann an, daß er auch die weiteren Wünsche der Kammer übergeben habe. Die Antwort des Großherzogs auf diese Wünsche lautet: „Die wichtigen und zeitgemäßen Wünsche, welche die zweite Kammer in ihr Protokoll niederlegte und Mir der Herr Präsident so eben vortrug, werde Ich mit dem Staatsministerium berathen. Der Chef des Ministeriums des Innern wird dem Herrn Präsidenten der Kammer darüber alsbald eine nähere befriedigende Mittheilung machen.“ — Staatsrath Vellk erklärt, er werde diese Mittheilung heute noch machen. (S. Tagblatt No. 65 vom 6. März.)

Zwischen den Abg. Junghanns, Brentano, Hecker und Welcker entspinnt sich noch eine heftige, persönliche Beziehungen betreffende Verhandlung, worauf die Sitzung geschlossen wird.

Heidelberg, 5. März. Heute waren hier 51 Männer versammelt aus Preußen, Bayern, Württemberg, Baden, Hessen, Nassau und Frankfurt, fast alle Mitglieder von Ständekammern, um in diesem Augenblick der Entscheidung über die dringendsten Maßregeln für das Vaterland sich zu besprechen. Einmüthig entschlossen in der Hingebung für Freiheit, Einheit, Selbstständigkeit und Ehre der deutschen Nation, sprachen Alle die Ueberzeugung aus, daß die Herstellung und Vertheidigung dieser höchsten Güter im Zusammenwirken aller deutschen Volksstämme mit ihren Regierungen — so lange auf diesem Wege Rettung noch möglich ist — erstrebt werden müsse. Einmüthig nicht minder war der tiefe Ausdruck des Schmerzes, daß die traurigsten Erfahrungen über die Wirksamkeit der deutschen Behörde das Vertrauen zu

derselben so sehr erschüttert haben, daß eine Ansprache der Bürger an sie die schlimmsten Mißlänge hervorrufen würde. Tief betäubend in einem Augenblicke, wo diese Behörde sich auf die traurigen Erfahrungen der Geschichte beruft und mit schönen Worten von der hohen Stellung spricht, welche die Nation unter den Völkern einzunehmen berufen ist, wo sie jeden Deutschen zu vertrauensvollem Mitwirken auffordert, tief betäubend in diesem Augenblicke ist die Erinnerung, daß sie selbst den Deutschen verboten hat, Vorstellungen an sie zu richten. Die Versammelten sprachen ihre Ueberzeugung von dem, was das Vaterland dringend bedarf, einstimmig dahin aus: Deutschland darf nicht durch Dazwischenkunft in die Angelegenheiten des Nachbarlandes oder durch Nichtanerkennung der dort eingetretenen Staatsveränderung in Krieg verwickelt werden. Die Deutschen dürfen nicht veranlaßt werden, die Freiheit und Selbstständigkeit, welche sie als ihr Recht für sich selbst fordern, andern Nationen zu schmälern oder zu rauben. Die Vertheidigung der Deutschen und ihrer Fürsten darf hauptsächlich nur in der Treue und dem bewährten Kriegsmuth der Nation, nie in einem russischen Bündnisse gesucht werden. Die Versammlung einer in allen deutschen Landen nach der Volkszahl gewählten Nationalvertretung ist unaufschiebbar, sowohl zur Beseitigung der nächsten inneren und äußeren Gefahren, wie zur Entwicklung der Kraft und Blüthe deutschen Nationallebens. Um zur schleunigsten und möglichst vollständigen Vertretung der Nation das Ihrige beizutragen, haben die Versammelten beschlossen: Ihre betreffenden Regierungen auf das Dringendste anzugehen, so bald und so vollständig als nur immer möglich ist, das gesammte deutsche Vaterland und die Throne mit diesem kräftigen Schutzwalle zu umgeben. Zugleich haben sie verabredet, dahin zu wirken, daß baldmöglichst eine vollständige Versammlung von Männern des Vertrauens aller deutschen Volksstämme zusammentrete, um diese wichtigste Angelegenheit weiter zu berathen und dem Vaterlande wie den Regierungen ihre Mitwirkung anzubieten. Zu dem Ende wurden sieben Mitglieder ersucht, hinsichtlich der Wahl und der Einrichtungen einer angemessenen Nationalvertretung Vorschläge vorzubereiten und die Einladung zu einer Versammlung deutscher Männer schleunigst zu besorgen. Eine Hauptaufgabe der Nationalvertretung wird jedenfalls die Gemeinschaftlichkeit der Vertheidigung und der Vertretung nach Außen sein, wodurch große Geldmittel für andere wichtige Bedürfnisse erspart werden, während zugleich die Besondereit und angemessene Selbstverwaltung der einzelnen Länder bestehen bleibt. Bei besonnenem treuen und mannhafsten Zusammenwirken aller Deutschen darf das Vaterland hoffen, auch in der schwierigsten Lage Freiheit, Einheit und Ordnung zu erringen und zu bewahren, und die Zeit einer kaum geahnten Blüthe und Macht freudig zu begrüßen. Bantlin, Württ. Barchet, Württ. Basser-
mann, Bad. Becker, Württ. Binding I., Hess. Bissing, Bad. Brentano, Bad. Brunk, Hess. Bühl, Bad. Carovs, Rh.-Pr. Christmann, Bayr. Dresel, Vater, Nass. Eppelsheim, Bayr. Geber, Württ. Frank, Hess. v. Gagern, Hess. Servinus, Bad. Hansemann, Rh.-Pr. Häuffer, Bad. Hagen, Bad. Heder, Bad. Dr. Helmreich, Hess. Helmreich, Bad. v. Hessein, Bad. Dr. Juch, Hess. Kapp, Bad. Kirchgessner, Bayr. Langen, Hess. Lehne, Hess. Leister, Emil, Nass. Mathy, Bad. Peter, Bad. Rassauf, Rh.-Pr. Redwig, Württ. Römer, Württ. Sachs, Bad. Schmitt, Regierungsrath, Bad. Schweickard, Württ. v. Seiron, Bad. Stedmann, Rh.-Pr. Stockinger, Bayr. Stöber, Bad. v. Struwe, Bad. Welcker, Bad. Weller, Bad. Bernher, Darmst. Wiesner, Hess. Wies, Württ. Willich, Bayr. Winter, Bad. Wisemann, Württ. (D. 3.)

In unserm Vaterlande ist leider das Beispiel des benach-

barten Eschases schnell befolgt worden und eine Judenverfolgung eingetreten, in deren Folge zahlreiche israelitische Familien sich auf Schweizerboden flüchten. Am aufgeregtesten in dieser Beziehung wird die Umgegend von Müllheim geschildert. — Auch in Bruchsal ist es vor einigen Tagen zu bedauerlichen Excessen gegen Israeliten gekommen.

— Darmstadt, 6. März. Das gestrige Regierungsblatt enthält ein Edikt, wodurch der Erbgroßherzog zum Mitregenten des Großherzogthums und zwar in der Weise ernannt ist, daß alle, die Staatsregierung betreffenden landesherrlichen Entschlüsse von demselben ausgehen, auch deren Ausfertigungen von ihm allein unterzeichnet werden sollen. Minister du Teil hat abgedankt, und an seine Stelle ist ein Ministerium von Gagern getreten, was allgemein auf's Günstigste aufgenommen worden ist. — Ein Edikt des Mitregenten wird hier in Tausenden von Exemplaren ausgeheilt. Wir entnehmen demselben Folgendes: „Was zur Gewähr politischer und bürgerlicher Freiheit gehört, soll unserm Volk nicht vorenthalten bleiben. Wir zählen auf die verfassungsmäßige Mitwirkung und Unterstützung Unserer Stände bei Leitung der Landesangelegenheiten, und Wir finden darin eine Gewähr des Vertrauens des Volkes. Die Presse ist frei, die Censur hiermit aufgehoben. Wir werden den Ständen eine allgemeine Volksbewaffnung in Vorschlag bringen lassen. Das Militär wird auf die Verfassung sofort beedigt werden. Wir werden den Ständen unverzüglich einen Gesetzesentwurf auf Aufhebung des Art. 81 der Verfassungsurkunde vorlegen lassen, damit das Petitionsrecht und das Recht der Volksversammlungen frei ausgeübt werden können. Die freie Ausübung aller religiösen Kulte ist gestattet. Die Bundesverfassung hat die gerechten Forderungen des deutschen Volkes auf nationale Geltung nicht befriedigt; dabei haben Wir die Ueberzeugung gewonnen, daß eine Nationalvertretung zur Vervollständigung der Organisation und zur Erstarbung Deutschlands wesentlich beitragen wird. Wir werden uns nach Kräften bemühen, bei den mitverbundenen deutschen Fürsten dieser Ueberzeugung Eingang zu verschaffen. Den Wunsch des Volkes, daß für ganz Deutschland ein Civil- und Strafgesetz und dieselben Formen des Verfahrens gelten möchten, theilen Wir ganz und werden in diesem Sinne wirken. Einstweilen werden Wir in Anerkennung des dringenden Bedürfnisses in den beiden diesseitigen Provinzen den Ständen alsbald Gesetzesentwürfe über ein neues auf Mündlichkeit und Oeffentlichkeit gegründetes Civil- und Strafverfahren verbunden mit Schwurgerichten und Aufhebung der privilegierten Gerichtsstände, vorlegen lassen. Der Provinz Rheinhessen sind bis zur Einführung einer allgemeinen deutschen Gesetzgebung ihre Institutionen und Gesetze garantirt. Den Ständen wird ein Gesetzesentwurf auf Zurücknahme des Polizeistrafgesetzes unverzüglich vorgelegt werden. Wir haben durch diese Zusagen die Bitten bereitwillig gewährt, die in der gegenwärtigen kritischen Lage zu unserer Kenntniß gekommen sind, und stellen mit Vertrauen die öffentliche Ordnung unter den Schutz der Freiheit und der Bürger, welche sie lieben.“ — Darmstadt, 6. März 1848. — Ludwig. — Der Minister des Innern: H. Gagern.“

— Frankfurt a. M., 5. März. Die gestern Nachmittag erfolgte Uebergabe der Adresse der Bürgerschaft an den Senat gab Veranlassung zu einem Volksaufmarsch in der Gegend des Römers. Der Römer- und Sonntagsberg mochten wohl von einigen tausend Menschen besetzt sein, von denen mehrere hundert durch Tumult und Geschrei die Absicht verkündeten, eine alsbaldige Genehmigung der in der Adresse bezeichneten Forderungen zu erzwingen. Es begab sich eine Deputation derselben zu den

Bürgermeistern, um dieses Verlangen vorzutragen. Inzwischen hörte man Abends Generalmarsch schlagen, während schon früher sich Abtheilungen der Stadtwehr am Römer eingefunden hatten und die Volksmassen vom Eindringen in das Gebäude abhielten, was aber nur theilweise gelang, indem manche der Unruhstifter bis in die Sitzungszimmer drangen. Ueberdies suchten auch mit wahrhaft patriotischer Hingebung einige rühmlichst bekannte Volksfreunde den Massen die Unmöglichkeit begreiflich zu machen, ihrem Verlangen auf der Stelle zu genügen. Als jedoch gegen 9 Uhr Abends mehrere nach dem Pfarrthurme eilten, um die Sturmlocke zu ziehen, schritt die Stadtwehr, unterstützt von mehreren zur Meißerjungst gehörenden Bürgern, ein; jenes Vorhaben wurde verhindert, und mehrere Verhaftungen fanden statt. Ein Theil der Volksmasse begab sich nach Vöckenheim, wo derselbe allerlei Unfug anrichtete. In der Stadt ist jedoch weiterhin Unheil geschehen, und die Ruhe und Ordnung waren gegen 4 Uhr Morgens vollkommen gestört. Heute sieht man alle Bürger Frankfurts, ohne Unterschied des Standes und Alters, mit einer roth und weißen Armbinde versehen, um weiteren Unruhestörungen vorzubeugen. Waffen werden auf Verlangen aus dem städtischen Zeughause verabreicht; auch sind einige tausend scharfe Patronen vertheilt worden. Die Thore der Stadt sind geschlossen, jedoch der Ein- und Ausgang in so weit gestattet, als es ohne Gefahr für die Sicherheit derselben thunlich ist. Endlich hat auch der Senat eine Amnestie für frühere politische Vergehen ausgesprochen, und in einer Proklamation an die Bürger und Einwohner auf das Dringendste zu fernerer Erhaltung der Ruhe und Ordnung ermahnt.

— München, 5. März. Nachdem bereits vom 2. auf den 3. d. M. unruhige Ausbrüche vorgefallen waren, insbesondere gegen den Minister v. Berk, gerichtet, wurde unsere Stadt gestern der Schauplatz erster Unruhen. Die Zusage des Königs, die Kammern auf den 31. Mai einzuberufen, befriedigte keineswegs. Es fand deshalb gestern Mittag eine äußerst zahlreiche Versammlung im Rathhause statt; von derselben wurde eine Deputation an den König gesandt, um außer andern Punkten auch die frühere Einberufung des Landtages zu verlangen. Als die Deputation sehr lange nicht zurückkehrte, verbreitete sich das Gerücht, es sei Alles abgeschlagen. Dies gab den Anlaß zum Ausbruch. Die Menge eilte zum städtischen Zeughaus, welches erbrochen, und gänzlich geleert wurde, und dann vor die Residenz, wo bereits Truppen aufgestellt waren. Glücklicherweise kam es nicht zum Handgemenge, da inzwischen Prinz Karl auf das Rathhaus geeilt war und erklärt hatte, die Stände würden schon auf 16. März einberufen. Dasselbe erklärte der Abg. Closen dem Volke auf dem Promenadeplatz. Daraufhin trat fast augenblickliche Ruhe ein; die Menge gab sofort die weggenommenen Waffen zurück, wobei einige geladene Gewehre in die Luft abgefeuert wurden. Das Militär benahm sich mit außerordentlicher Mäßigung. Die Ruhe ist zwar vollkommen hergestellt, doch ist die Stimmung natürlich noch gedrückt. Allgemein wird der dringende Wunsch laut, die Abg. Thon-Dittmar, Graf, Hegnenberg-Dur, Frhr. von Lerchenfeld, Willich und v. Closen in einem Ministerium vereinigt zu sehen.

— München, 6. März. Heute erschien folgende königliche Proklamation. „Ich habe Mich entschlossen die Stände Meines Reiches um Mich zu versammeln; dieselben sind auf den 16. d. M. in die Hauptstadt berufen. — Die Wünsche Meines Volkes haben in Meinem Herzen jederzeit vollen Wiederhall gefunden. — An die Stände des Reiches werden gesäumt Gesetzesvorlagen gelangen, unter anderen: über die

verfassungsmäßige Verantwortlichkeit der Minister; über vollständige Pressfreiheit; über Verbesserung der Stände-Wahlordnung; über Einführung der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit in die Rechtspflege mit Schwurgerichten; über die in der IX. Verfassungsbeilage angedeutete umfassendere Fürsorge für die Staatsdiener und deren Relikten; dann deren Ausdehnung auf die übrigen Angestellten des Staats; über Verbesserung der Verhältnisse der Israeliten. — Ferner ordne Ich in diesem Augenblicke die schleunige Abfassung eines Polizeigesetzbuches an; ebenso befehle Ich die unverzügliche Beerdigung Meines Heeres auf die Verfassung, und lasse Ich von heute an die Censur über äußere wie innere Angelegenheiten außer Anwendung treten. — Bayern erkennt in diesem Entschlusse die angestammte Gesinnung der Wittelsbacher. — Ein großer Augenblick ist in der Entwicklung der Staaten eingetreten. Ernst ist die Lage Deutschlands. Wie Ich für deutsche Sache denke und fühle, davon zeugt Mein ganzes Leben. Deutschlands Einheit durch wirksame Maßnahmen zu stärken, dem Mittelpunkt des vereinten Vaterlandes neue Kraft und nationale Bedeutsamkeit mit einer Vertretung der deutschen Nation am Bunde zu sichern, und zu dem Ende die schleunige Revision der Bundesverfassung in Gemäßheit der gerechten Erwartungen Deutschlands herbeizuführen, wird mir ein theurer Gedanke, wird Ziel meines Strebens bleiben. — Bayerns König ist stolz darauf, ein deutscher Mann zu sein. — Bayern! Euer Vertrauen wird erwidert, es wird gerechtfertigt werden! Schaa- ret Euch um den Thron. Mit Euerem Herrscher vereint, vertreten durch Euerer verfassungsmäßigen Organe, laßt uns erwägen was uns, was dem gemeinsamen Vaterlande noththut. — Alles für Mein Volk! Alles für Deutschland! — München, 6. März 1848. Ludwig, Maximilian, Kronprinz. Luitpold, Prinz von Bayern. Adalbert, Prinz von Bayern. Karl, Prinz von Bayern. Fürst v. Dettingen-Wallerstein, v. Beisker, v. Heres, v. der Mark, v. Volz.

— In Wiesbaden herrschte nach der am 2. März abgehaltenen allgemeinen Versammlung eine außerordentliche Bewegung, welche durch die in Massen herbeigeströmten Bewohner der Umgegend sehr gesteigert wurde. In Abwesenheit des auf der Rückreise von Berlin begriffenen Herzogs gewährte Minister v. Dungen, unter ausdrücklicher Beistimmung der Herzogin Mutter und des Prinzen Nikolaus, die von der Versammlung beratenen, in einer Petition übergebenen Anträge. Der Herzog, welcher am 4. zurückkehrte, bestätigte die gefaßten Beschlüsse in vollster Ausdehnung; die Ständeversammlung wurde augenblicklich einberufen und bereits am 6. feierlich eröffnet.

— Hanau, 6. März. So eben verbreitet sich die Nachricht, daß der Kurfürst ein anderes Ministerium gewählt habe. Die Freude über den Umschwung der Dinge ist allgemein, und man sieht einer gesicherten Zukunft entgegen.

— Leipzig, 4. März. Die Deputation des hiesigen Stadtraths und der Stadtverordneten an Se. Maj. den König zur Ueberreichung der Adresse (um Pressfreiheit und Vertretung des deutschen Volkes beim Bundestage) wurde am Bahnhofe zu Dresden festlich begrüßt. Der König hat auf die Adresse in ausweichendem gekränktem Tone geantwortet. Heute Vormittag fand nun wieder eine öffentliche Versammlung der Stadtverordneten statt, in welcher beschlossen wurde, zu erklären, daß es durchaus nothwendig sei, die jetzigen Minister zu entlassen. Dieser Erklärung hat sich auch der Stadtrath angeschlossen. So eben hält der akademische Senat eine Sitzung, um dasselbe Verlangen

zu stellen, wie Stadtverordnete und Stadtrath. Es herrscht hier eine ungemaine Aufregung. Bereits gestern Abend ist es zu Demonstrationen gekommen. Auf dem Markt wurden Reden gehalten und mehreren Personen, namentlich dem Landtags-Abgeordneten Brockhaus, weil er der Adresse nicht zugestimmt, Ragenmusik gebracht.

— In Köln fanden am 4. März einige Ruhestörungen statt, welche jedoch mehr kommunistischer Natur waren.

— Aus der Schweiz, 5. März. Die beunruhigenden Gerüchte über und aus Neuenburg scheinen sehr übertrieben zu sein. Eidgenössische Kommissäre sind bereits in Neuenburg angelangt und werden wesentlich zur Aufrechthaltung der Ordnung beitragen, nöthigenfalls selbst eidgenössische Truppen zu diesem Behufe verlangen. Die Verhaftung von Mitgliedern des Staatsraths übrigens bestätigt sich. — Der preussische Gesandte hat Neuenburg verlassen und einstweilen seinen Aufenthalt in Basel genommen. — Die neue Neuenburger Regierung hat verordnet: 1) „Die provisorische Regierung spricht die Absetzung der alten fürstenthümlichen Regierung aus. 2) Das monarchische Prinzip ist vernichtet. 3) Der Kanton ist als Republik proklamirt. Alles durch das Volk und für das Volk.“

— Paris, 4. März. Die Regierungskommission für die Arbeiter hat sich auf unbestimmte, übrigens, wie sie sagt, kurze Zeit vertagt, um ihrem Präsidenten, Louis Blanc, Zeit zum Studium der großen Frage zu lassen, vielleicht auch, um dem Andrang der Arbeiter um plötzliche Aenderungen und Verwirklichung von Unmöglichkeiten vor der Hand auszuweichen. — Im Interesse des Kleinhandels und der Gewerbe ist nun wirklich die Errichtung einer Diskontobank unter dem Titel „Dotation des Kleinhandels“ von der provisorischen Regierung beschlossen. — Um der Geldklemme abzuwehren, hat die Regierung unterm 4. die Auszahlung der Halbjahrszinsen aus der Staatsschuld, die eigentlich erst am 22. März verfallen wären, für Paris auf den 6., für die Departements auf den 12. März angeordnet. — Eine dritte Verfügung bestimmt nun doch definitiv die Aufhebung der Stempelgebühr von Zeitungen und Zeitschriften, welche nach der frühern Verfügung morgen hätte wieder in Kraft treten sollen; der Sturm, besonders von Seiten der zahlreichen neu ersandenen Blätter, war aber zu groß, als daß die Regierung auf Beibehaltung dieser Gebühr hätte bestehen können. — Die Stellenjagd dauert fort. Der National wünscht, daß man auch für die Armeesorge, bei der sonst am Ende die Kriegszucht untergraben würde. Die Presse Girardins erinnert daran, es sei hoch an der Zeit, das Lamartines Manifest erscheine. — Der heutige Tag war zur feierlichen Beisetzung der am 22., 23. und 24. Februar Gefallenen bestimmt. Mittags setzte sich der Zug von der Magdalenenkirche, deren Zugänge und innere Räume schwarz behangen waren, mit acht großen Leichenwägen, die alle gefüllt wurden, in Bewegung. Die Boulevards waren bereits von Nationalgarden und Linientruppen übersät, und eine unermessliche Menschenmenge sah den Zug ohne den geringsten Erzeß an sich vorüberziehen. Die Musikchöre spielten Trauermärsche und in weiter Entfernung hörte man die französischen Nationalgesänge. Alles schien verbrüdet. Nationalgarden, Linientruppen, Blusenmänner, Knaben, Frauen und Greise marschirten in bunten, obwohl geregelten Reihen hintereinander. Wenn man bedenkt, daß die Behörden zur Einrichtung dieser Feier kaum zwei Tage Zeit hatten, so ist dies ein neuer Beweis von dem großen Ordnungssinn der Pariser,

der von großen Fortschritten zeugt. Die Beisetzung erfolgte auf dem Basilleplatz bei der Juliusäule, wo schon die Juliusgefallenen ruhen. — Alle Stimmführer der Regierung sind für Aufrechthaltung des Friedens; es zeigen sich nirgends Anzeichen einer kriegerischen Gesinnung. Der National sogar, das Organ der republikanischen Partei, spricht mit ungemainer Mäßigung. — Eine Deputation der polnischen Emigration (des demokratischen Theils derselben) wurde gestern von der provisorischen Regierung empfangen. Die Deputation bat um Wiederherstellung Polens. Marrast, im Namen der Regierung, versprach, nach Kräften für Herstellung dieses für die Civilisation unentbehrlichen Schutzwalls zu arbeiten; Polen sei eine für die Barbarei unübersteigliche Schranke. — Die provisorische Regierung ist nun hauptsächlich mit einem Wahlgeseß beschäftigt; zuerst werden die Wahlen bei der Nationalgarde vorgenommen. So viel man vernimmt, wird das System der direkten Wahlen beibehalten.

— Paris, 5. März. Der Moniteur enthält folgendes amtliche Aktenstück: In der Abend Sitzung des 4. März hat die provisorische Regierung die Einberufung der Wahlversammlungen auf den 9. April und den Zusammentritt der konstituierenden Nationalversammlung auf den 20. April angeordnet. In derselben Sitzung hat die provisorische Regierung die Grundlagen des deshalb zu erlassenden Dekretes festgesetzt, und zwar: 1) Die Nationalversammlung wird die künftige Verfassung dekretiren. 2) Die Wahlen werden nach der Volkszahl bemessen. 3) Die Anzahl der Volksrepräsentanten wird 900 betragen. 4) Das Wahlrecht ist allgemein und direkt, ohne irgend eine Bedingung des Steuerquantums. 5) Alle Franzosen, die 21 Jahre alt sind, sind Wähler, und alle Franzosen, die 25 Jahre alt sind, sind wählbar. 6) Die Wahlen finden in geheimer Abstimmung statt. (Karl. 3.)

— Im Elsaß selbst scheint die Ruhe wiederkehren zu wollen, denn bereits schicken sich die von da in die Schweiz geflüchteten Juden an, in ihre Heimath zurückzukehren.

— London, 3. März. Aus Brighton erfährt man, daß Ludwig Philipp und die Königin Marie Amalie heute früh in Newhaven angekommen sind. Einige Tage lang wanderten sie in der Umgegend von Treport (bei Eu) von einem Bauernhof zum andern. Sie waren fast todt vor Mattigkeit; der König glaubte einmal, nicht mehr weiter zu können und sich ergeben zu müssen. Donnerstag den 2. schiffte sich das flüchtige Königspaar begleitet von einem Diener und einer Dienerin, in einem französischen Fischerboote bei Treport ein, um auf demselben über den Kanal zu fahren. Auf der See wurden sie von dem Southampton-Havrer Dampfsboot Express aufgenommen, das sie am 3. Morgens 7 Uhr, in Newhaven landete. Die gesammte Einwohnerschaft bewillkommte die unglücklichen Flüchtlinge. Sie begaben sich sofort ins Bridg-hotel und zu Bett, um sich zu erholen. Der König schrieb noch vorher an die Königin Victoria. Er trug eine grüne Blouse und blauen Ueberrock, den er von dem Kapitän des Express geborgt hatte. Gepäck hatte er gar keines bei sich, nicht einmal Wasche. Es gieng sofort ein Extrazug von Brighton mit der Nachricht nach London ab. — Guizot ist in Falkenberg angekommen; seine zwei Töchter waren schon vorher in London eingetroffen. Duchatel ist in Brighton angelangt.

— Madrid, 27. Febr. Die Pariser Nachrichten riefen aus hier große Aufregung hervor, und es könnte leicht zu einer zweiten Regentschaft kommen.